

Bayerisches Gesetz- u. Verordnungsblatt

Amtliches Nachrichtenblatt der Bayerischen Landesregierung

Nr. 7

München, den 11. Juni

1946

Gesetz Nr. 16 des Alliierten Kontrollrats.

Vorbemerkung.

„Das vom Kontrollrat erlassene Gesetz Nr. 16 — Ehegesetz — hat den nachstehend veröffentlichten Wortlaut.

Für die Anwendung des Gesetzes hat das Hauptquartier der US-Streitkräfte Europäischer Kriegsschauplatz Amt der Militärregierung (US-Zone) folgende Weisung erteilt:

1. Die deutschen Gerichte dürfen mit Rücksicht auf Artikel VI des Gesetzes Nr. 2 nicht tätig werden und das Gesetz Nr. 16 nicht anwenden, wenn ein Angehöriger der Vereinten Nationen als Partei in Frage kommt.
2. Die deutschen Gerichte sind ermächtigt im Falle ihrer Zuständigkeit das Gesetz Nr. 16 in derselben Weise auszulegen wie deutsche Gesetze, ohne daß sie durch Art. VI Abs. 10 d des Gesetzes Nr. 2 hierbei eingeschränkt wären.“

Ehegesetz.

Erster Abschnitt.

Recht der Eheschließung.

A. Ehefähigkeit.

§ 1.

Ehemündigkeit.

1. Ein Mann soll nicht vor Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres, eine Frau soll nicht vor Vollendung des sechzehnten Lebensjahres eine Ehe eingehen.

2. Dem Mann und der Frau kann Befreiung von dieser Vorschrift bewilligt werden, dem Mann jedoch nur dann, wenn er das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, und nicht mehr unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht.

§ 2.

Geschäftsunfähigkeit.

Wer geschäftsunfähig ist, kann eine Ehe nicht eingehen.

§ 3.

Einwilligung des gesetzlichen Vertreters und der Sorgeberechtigten.

1. Wer minderjährig oder aus anderen Gründen in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, bedarf zur Eingehung einer Ehe der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters.

Law No. 16.

Preamble.

“Law No 16, issued by the Control Council, is worded as printed below.

For its application, Headquarters USFET, Office of Military Government (US-Zone) has given the following instruction:

1. In view of Art. VI of Law No 2, German courts will not act and apply Law No 16, if a subject of the United Nations is a party in the case.
2. The German Courts, if competent, are authorized to construe Law No 16 in the same manner as German laws, without being restricted thereby by Art. VI Sect. 10 d of Law No 2.”

Marriage Law.

Part One.

Right to contract Marriage.

A. Nubility.

Section 1.

Marriageable Age.

1. A man shall not contract marriage before the completion of his twenty-first year, nor a woman before the completion of her sixteenth year.

2. The man and the woman can be exempted from this provision, but the man only if he has completed his eighteenth year and is no longer subject to parental authority, or under the care of a guardian.

Section 2.

Legal Incapacity.

No one under legal incapacity may contract a marriage.

Section 3.

Consent of the legal representative and the competent tutor.

1. A minor, or anyone whose legal capacity is limited on other grounds may only contract marriage with the consent of his legal representative.

2. Steht dem gesetzlichen Vertreter eines Minderjährigen nicht gleichzeitig die Sorge für die Person des Minderjährigen zu, oder ist neben ihm noch ein anderer sorgeberechtigt, so ist auch die Einwilligung des Sorgeberechtigten erforderlich.

3. Verweigert der gesetzliche Vertreter oder der Sorgeberechtigte die Einwilligung ohne triftige Gründe, so kann der Vormundschaftsrichter sie auf Antrag des Verlobten, der der Einwilligung bedarf, ersetzen.

B. Eheverbote.

§ 4.

Verwandtschaft und Schwägerschaft.

1. Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Verwandten in gerader Linie, zwischen vollbürtigen und halbbürtigen Geschwistern sowie zwischen Verschwägerten in gerader Linie, gleichgültig, ob die Verwandtschaft auf ehelicher oder auf unehelicher Geburt beruht.

2. Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abkömmlingen der anderen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat.

3. Von dem Eheverbot der Schwägerschaft kann Befreiung erteilt werden.

§ 5.

Doppelehe.

Niemand darf eine Ehe eingehen, bevor seine frühere Ehe für nichtig erklärt oder aufgelöst worden ist.

§ 6.

Ehebruch.

1. Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit dem er den Ehebruch begangen hat, wenn dieser Ehebruch in dem Scheidungsurteil als Grund der Scheidung festgestellt ist.

2. Von dieser Vorschrift kann Befreiung bewilligt werden. Sie soll nur versagt werden, wenn schwerwiegende Gründe der Eingehung der neuen Ehe entgegenstehen.

§ 7.

Annahme an Kindes Statt.

Eine Ehe soll nicht geschlossen werden zwischen einem angenommenen Kinde und seinen Abkömmlingen einerseits und dem Annehmenden andererseits, solange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht.

§ 8.

Wartezeit.

1. Eine Frau soll nicht vor Ablauf von zehn Monaten nach der Auflösung oder Nichtigerklärung ihrer früheren Ehe eine neue Ehe eingehen, es sei denn, daß sie inzwischen geboren hat.

2. Von dieser Vorschrift kann Befreiung bewilligt werden.

§ 9.

Auseinandersetzungszugnis des Vormundschaftsrichters.

Wer ein eheliches Kind hat, das minderjährig ist oder unter seiner Vormundschaft steht, oder wer mit einem minderjährigen oder bevormundeten Abkömmling in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebt, soll eine Ehe nicht eingehen, bevor er ein Zeugnis des Vormundschaftsrichters darüber beigebracht hat, daß er dem Kinde oder dem Abkömmling gegenüber die ihm aus Anlaß der Wiederverheiratung obliegenden Pflichten erfüllt hat oder daß ihm solche Pflichten nicht obliegen.

2. If the legal representative is not, at the same time, responsible for the custody of the person of the minor, or if the responsibility for such custody is shared with another party, then the consent of the other party must also be obtained.

3. Should the legal representative or the person having the right of custody withhold consent without sufficient reason, then, on the application of the betrothed party requiring permission, it may be supplied by the Judge of the Guardianship Court.

B. Marriage Prohibitions.

Section 4.

Consanguinity and Affinity.

1. A marriage may not be contracted between relations in a direct line, between full and half-brothers and sisters, nor between relations by marriage in a direct line, no matter whether the relationship is the result of legitimate or illegitimate birth.

2. Marriage may not be contracted between persons where one party has had sexual intercourse with parents, grandparents or descendants of the other party.

3. Exemptions may be granted in respect of the prohibition against marriage of relatives by marriage.

Section 5.

Bigamy.

No one may contract a marriage until his former marriage has been declared void or has been dissolved.

Section 6.

Adultery.

1. A marriage may not be contracted between a person who has been divorced for adultery and the person with whom the adultery was committed, if the divorce judgment gives this act of adultery as the ground for the divorce.

2. Exemption from this provision may be granted and may only be refused if there are serious reasons against the contraction of the new marriage.

Section 7.

Adopted Children.

A marriage shall not take place between an adopted child and its descendants on the one hand and the adopter on the other hand, so long as the legal status of this adoption continues.

Section 8.

Waiting Period.

1. A woman shall not re-marry within ten months of the dissolution of her previous marriage or its declaration as null and void, unless she has meanwhile given birth to a child.

2. Exemptions may be granted in respect of this provision.

Section 9.

Clearing certificate from judge of the Guardianship Court.

A person who has a legitimate child who is a minor or is under his guardianship, or a person who lives holding for a continuing period joint property with a descendant who is a minor or a ward, shall not marry before he has produced a certificate from the Guardianship Judge, to the effect that he has fulfilled all the duties incumbent on him in respect of the child or descendant, arising out of his re-marriage, or that he has no such obligations.

§ 10.

Ehefähigkeitszeugnis für Ausländer.

1. Ausländer sollen eine Ehe nicht eingehen, bevor sie ein Zeugnis der inneren Behörde ihres Heimatlandes darüber beigebracht haben, daß der Eheschließung ein in den Gesetzen des Heimatlandes begründetes Ehehindernis nicht entgegensteht.

2. Von dieser Vorschrift kann Befreiung bewilligt werden.

C. Eheschließung.

§ 11.

1. Eine Ehe kommt nur zustande, wenn die Eheschließung vor einem Standesbeamten stattgefunden hat.

2. Als Standesbeamter im Sinne des Abs. 1 gilt auch, wer, ohne Standesbeamter zu sein, das Amt eines Standesbeamten öffentlich ausübt und die Ehe in das Familienbuch eingetragen hat.

§ 12.

Aufgebot.

1. Der Eheschließung soll ein Aufgebot vorhergehen. Das Aufgebot verliert seine Kraft, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten nach Vollziehung des Aufgebots geschlossen wird.

2. Die Ehe kann ohne Aufgebot geschlossen werden, wenn die lebensgefährliche Erkrankung eines der Verlobten den Aufschub der Eheschließung nicht gestattet.

3. Von dem Aufgebot kann Befreiung bewilligt werden.

§ 13.

Form der Eheschließung.

1. Die Ehe wird dadurch geschlossen, daß die Verlobten vor dem Standesbeamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, die Ehe miteinander eingehen zu wollen.

2. Die Erklärungen können nicht unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung abgegeben werden.

§ 14.

Trauung.

1. Der Standesbeamte soll bei der Eheschließung in Gegenwart von zwei Zeugen an die Verlobten einzeln und nacheinander die Frage richten, ob sie die Ehe miteinander eingehen wollen, und nachdem die Verlobten die Frage bejaht haben, im Namen des Rechts aussprechen, daß sie nunmehr rechtmäßig verbundene Eheleute seien.

2. Der Standesbeamte soll die Eheschließung in das Familienbuch eintragen.

§ 15.

Zuständigkeit des Standesbeamten.

1. Die Ehe soll vor dem zuständigen Standesbeamten geschlossen werden.

2. Zuständig ist der Standesbeamte, in dessen Bezirk einer der Verlobten seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Unter mehreren zuständigen Standesbeamten haben die Verlobten die Wahl.

3. Hat keiner der Verlobten seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland, so ist für die Eheschließung im Inland der Standesbeamte des Standesamts I in Berlin, oder der Hauptstandesämter in München, Baden-Baden und Hamburg zuständig.

4. Auf Grund einer schriftlichen Ermächtigung des zuständigen Standesbeamten kann die Ehe auch vor dem Standesbeamten eines anderen Bezirkes geschlossen werden.

Section 10.

Certificate of nubility for Foreigners.

1. Foreigners shall not contract marriage before they have produced a certificate from the domestic authorities of their native country stating that there are no legal impediments to the marriage in the law of that country.

2. Exemptions may be granted in respect of this provision.

C. Contraction of Marriage.

Section 11

1. A marriage shall come into existence only if the ceremony has been performed before a registrar.

2. A registrar within the meaning of Subsection (1) also includes anyone who, though not a registrar, has publicly discharged the functions of registrar and entered the marriage in the family register.

Section 12.

Banns.

1. The celebration of marriage shall be preceded by banns. The banns will lapse if the marriage does not take place within six months of their final publication.

2. The marriage can take place without banns if the dangerous illness of one of the contracting parties does not permit the postponement of the marriage.

3. Exemption from banns may be granted.

Section 13.

Form of Marriage Ceremony.

1. The marriage is concluded by the contracting parties declaring personally and in the presence of each other before the registrar that they wish to marry each other.

2. The declarations cannot be subject to any conditions or to any stipulation as to time.

Section 14.

Marriage Ceremony.

1. The Registrar shall, in the presence of two witnesses, ask the contracting parties individually, one after the other, whether they wish to marry each other, and after they have replied in the affirmative, shall state, in the name of the law, that they are now a legally united married couple.

2. The registrar shall enter the marriage in the family register.

Section 15.

Competence of the Registrar.

1. The marriage shall be concluded before the competent registrar.

2. The competent registrar is the one in whose district one of the contracting parties is domiciled or usually resides. If there are several competent registrars the choice rests with the contracting parties.

3. If neither of the contracting parties is domiciled or usually resides in this country, then the competent authority to conduct the marriage ceremony in this country is the registrar of the Registrar's Office I in Berlin or the Head Registrar's Offices in Munich, Baden-Baden and Hamburg.

4. With a written authorization from the competent registrar, the marriage can also be contracted before the registrar of another district.

D. Nichtigkeit der Ehe.**I. Nichtigkeitsgründe.**

§ 16.

Eine Ehe ist nur in den Fällen nichtig, in denen dies in den Paragraphen 17 bis 22 dieses Gesetzes bestimmt ist.

§ 17.

Mangel der Form.

1. Eine Ehe ist nichtig, wenn die Eheschließung nicht in der durch § 13 vorgeschriebenen Form stattgefunden hat.

2. Die Ehe ist jedoch als von Anfang an gültig anzusehen, wenn die Ehegatten nach der Eheschließung fünf Jahre oder, falls einer von ihnen vorher verstorben ist, bis zu dessen Tod, jedoch mindestens drei Jahre, als Ehegatten miteinander gelebt haben, es sei denn, daß bei Ablauf der fünf Jahre oder zur Zeit des Todes des einen Ehegatten die Nichtigkeitsklage erhoben ist.

§ 18.

Mangel der Geschäfts- oder Urteilsfähigkeit.

1. Eine Ehe ist nichtig, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschließung geschäftsunfähig war, oder sich im Zustand der Bewußtlosigkeit oder vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit befand.

2. Die Ehe ist jedoch als von Anfang an gültig anzusehen, wenn der Ehegatte nach dem Wegfall der Geschäftsunfähigkeit, der Bewußtlosigkeit oder der Störung der Geistestätigkeit zu erkennen gibt, daß er die Ehe fortsetzen will.

§ 19.

Namensehe.

1. Eine Ehe ist nichtig, wenn sie ausschließlich oder vorwiegend zu dem Zwecke geschlossen ist, der Frau die Führung des Familiennamens des Mannes zu ermöglichen, ohne daß die eheliche Lebensgemeinschaft begründet werden soll.

2. Die Ehe ist jedoch als von Anfang an gültig anzusehen, wenn die Ehegatten nach der Eheschließung fünf Jahre, oder, falls eine von ihnen vorher verstorben ist, bis zu seinem Tode, jedoch mindestens drei Jahre als Ehegatten miteinander gelebt haben, es sei denn, daß bei Ablauf der fünf Jahre oder zur Zeit des Todes des einen Ehegatten die Nichtigkeitsklage erhoben ist.

§ 20.

Doppelehe.

Eine Ehe ist nichtig, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschließung mit einem Dritten in gültiger Ehe lebte.

§ 21.

Verwandtschaft und Schwägerschaft.

1. Eine Ehe ist nichtig, wenn sie zwischen Verwandten oder Verschwägerten dem Verbote des § 4 zuwider geschlossen worden ist.

2. Die Ehe zwischen Verschwägerten ist jedoch als von Anfang an gültig anzusehen, wenn die Befreiung nach Maßgabe der Vorschrift des § 3 Abs. 3 nachträglich bewilligt wird.

§ 22.

Ehebruch.

1. Eine Ehe ist nichtig, wenn sie wegen Ehebruchs nach § 6 verboten war.

D. Nullity of the Marriage.**I. Grounds for Nullity.**

Section 16.

A marriage is void only in the cases set out in Sections 17 to 22 of this Law.

Section 17.

Lack of Form.

1. A marriage is void if it has not taken place in the form prescribed in Section 13.

2. The marriage is, however to be regarded as valid from the beginning if the married couple have lived together as man and wife for five years after contracting the marriage, or in the case of the previous death of one of them, up to the time of such death, but in any event for at least three years, unless before the end of the five years or at the time of the death of one of the parties, a nullity action has been started.

Section 18.

Legal incapacity and incapacity of judgment.

1. A marriage is void if one of the parties at the time of the marriage was under legal incapacity, or was in a state of unconsciousness or his mental faculties were temporarily disturbed.

2. The marriage is, however, to be regarded as valid from the beginning, if the party affected, on recovering from his legal incapacity, his state of unconsciousness or the disturbance of his mental faculties intimates that he is willing to continue in the married state.

Section 19.

Marriage for the purpose of acquiring a name.

1. A marriage is void if it has been contracted solely or primarily with the purpose of enabling the wife to bear the surname of the husband without the establishment of conjugal relations.

2. The marriage is, however, to be regarded as valid from the beginning, if the married couple have lived together as man and wife for five years after marriage, or in the case of the previous death of one of them, up to the time of such death, but in any event for at least three years, unless at the end of the five years, or at the time of the death of one of the parties, a nullity action has been started.

Section 20.

Bigamy.

A marriage is void, if at the time of the marriage one of the contracting parties was lawfully married to a third party.

Section 21.

Relationship by consanguinity and affinity.

1. A marriage is void if it was contracted between relations by blood or marriage, in violation of the prohibition contained in Section 4.

2. A marriage between relations by marriage is, however, to be regarded as valid from the beginning, if exemption under the provision of Section 4 Subsection 3 is subsequently granted.

Section 22.

Adultery.

1. A marriage is void if it was forbidden on account of adultery under Section 6.

2. Die Ehe ist jedoch als von Anfang an gültig anzusehen, wenn nachträglich Befreiung nach Maßgabe der Vorschrift des § 6, Absatz 2, bewilligt wird.

II. Berufung auf die Nichtigkeit.

§ 23.

Niemand kann sich auf die Nichtigkeit einer Ehe berufen, solange nicht die Ehe durch gerichtliches Urteil für nichtig erklärt worden ist.

§ 24.

Klagebefugnis.

1. In den Fällen der Nichtigkeit kann der Staatsanwalt und jeder der Ehegatten, im Falle des § 20 auch der Ehegatte der früheren Ehe die Nichtigkeitsklage erheben. Ist die Ehe aufgelöst, so kann nur der Staatsanwalt die Nichtigkeitsklage erheben.

2. Sind beide Ehegatten verstorben, so kann eine Nichtigkeitsklage nicht mehr erhoben werden.

III. Folgen der Nichtigkeit.

Rechtliche Stellung der Kinder.

§ 25.

1. Ein Kind aus einer Ehe, die nichtig ist, gilt als ehelich, sofern es im Falle der Gültigkeit der Ehe ehelich wäre.

2. Auf das Recht, für die Person des Kindes zu sorgen, finden die im Falle der Scheidung geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Der Schuldigerklärung steht es gleich, wenn einem der Ehegatten die Nichtigkeit der Ehe zur Zeit der Eheschließung bekannt war.

3. Die Verwaltung und Nutznießung des Kindesvermögens und die Vertretung des Kindes in vermögensrechtlichen Angelegenheiten steht einem Ehegatten, dem die Nichtigkeit der Ehe bei der Eheschließung bekannt war, nicht zu.

§ 26.

Vermögensrechtliche Beziehungen der Ehegatten.

1. Hat auch nur einer der Ehegatten die Nichtigkeit der Ehe bei der Eheschließung nicht gekannt, so finden auf das Verhältnis der Ehegatten in vermögensrechtlicher Beziehung die im Falle der Scheidung geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Dabei ist ein Ehegatte, dem die Nichtigkeit der Ehe bei der Eheschließung bekannt war, wie ein für schuldig erklärter Ehegatte zu behandeln.

2. Ein Ehegatte, der die Nichtigkeit der Ehe bei der Eheschließung nicht gekannt hat, kann binnen sechs Monaten, nachdem die Ehe rechtskräftig für nichtig erklärt ist, dem anderen Ehegatten erklären, daß es für ihr Verhältnis in vermögensrechtlicher Beziehung bei den Folgen der Nichtigkeit bewenden solle. Gibt er eine solche Erklärung ab, so findet die Vorschrift des Abs. 1 keine Anwendung.

§ 27.

Schutz gutgläubiger Dritter.

Einem Dritten gegenüber können aus der Nichtigkeit der Ehe Einwendungen gegen ein zwischen ihm und einem der Ehegatten vorgenommenes Rechtsgeschäft oder gegen ein zwischen ihnen ergangenes rechtskräftiges Urteil nur hergeleitet werden, wenn die Ehe bereits zur Zeit der Vornahme des Rechtsgeschäfts oder zur Zeit des Eintritts der Rechtshängigkeit für nichtig erklärt oder die Nichtigkeit dem Dritten bekannt war.

2. The marriage is, however, to be regarded as valid from the beginning if subsequent exemption under the provision of Section 6 Subsection 2 is granted.

II. Assertion of Nullity.

Section 23.

No one can assert that a marriage is void so long as the marriage has not been declared void by a decision of the Court.

Section 24.

Right of Action.

1. In cases of nullity the Public Prosecutor and each of the married parties, and, in the case specified in Section 20, also the partner of the former marriage, may bring a nullity action. If the marriage has been dissolved, then only the Public Prosecutor can bring the action for nullity.

2. If both partners have died, an action of nullity can no longer be brought.

III. Consequences of Nullity.

Section 25.

Legal Status of the Children.

1. A child born of a marriage which is void is regarded as legitimate to the extent to which it would have been legitimate if the marriage had been valid.

2. The right to the custody of the person of a child will be determined by applying the provisions which would be applicable in the case of divorce. The party who knew of its nullity at the time when the marriage was contracted is placed in the position of a party found guilty in divorce proceedings.

3. Any marriage partner who at the time of contracting the marriage had knowledge of its nullity is barred from the right of administration and usufruct of the child's property and from representing the child in legal matters pertaining to the child's property.

Section 26.

Relationship between the marriage partners in respect of property rights.

1. Even if only one of the marriage partners had no knowledge of the nullity of the marriage at the time when it was contracted, the provisions governing divorce with respect to the property rights of the marital partners shall apply correspondingly. In such a case the partner who at the time that the marriage was contracted had knowledge of the nullity is to be considered as the guilty party.

2. A marriage partner who had no knowledge that the marriage was void at the time it was contracted may within six months of the marriage having been finally declared void, declare to the other partner that the consequences of nullity shall remain unaffected as regards their relationship and with respect to property rights. Where such a declaration is made, the provisions of Subsection 1 do not apply.

Section 27.

Protection of third parties acting in good faith.

As against a third party a legal transaction between him and one of the marriage partners, or any court judgment in which they were involved, can be contested only if the marriage had been declared void at the time the legal transaction was concluded, or if the court action had been pending, or if the nullity was known to the third party.

E. Aufhebung der Ehe.**I. Allgemeine Vorschriften.****§ 28.**

Die Aufhebung der Ehe kann nur in den Fällen der §§ 30 bis 34 und 39 dieses Gesetzes begehrt werden.

§ 29.

Die Ehe wird durch gerichtliches Urteil aufgehoben. Sie ist mit der Rechtskraft des Urteils aufgelöst.

II. Aufhebungsgründe.**§ 30.**

Mangel der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters.

1. Ein Ehegatte kann Aufhebung der Ehe begehren, wenn er zur Zeit der Eheschließung oder im Falle des § 18, Abs. 2 zur Zeit der Bestätigung in der Geschäftsfähigkeit beschränkt war und sein gesetzlicher Vertreter nicht die Einwilligung zur Eheschließung oder zur Bestätigung erteilt hat. Solange der Ehegatte in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, kann nur sein gesetzlicher Vertreter die Aufhebung der Ehe begehren.

2. Die Aufhebung ist ausgeschlossen, wenn der gesetzliche Vertreter die Ehe genehmigt oder der Ehegatte, nachdem er unbeschränkt geschäftsfähig geworden ist, zu erkennen gegeben hat, daß er die Ehe fortsetzen will.

3. Verweigert der gesetzliche Vertreter die Genehmigung ohne triftige Gründe, so kann der Vormundschaftsrichter sie auf Antrag eines Ehegatten ersetzen.

§ 31.

Irrtum über die Eheschließung oder über die Person des anderen Ehegatten.

1. Ein Ehegatte kann Aufhebung der Ehe begehren, wenn er bei der Eheschließung nicht gewußt hat, daß es sich um eine Eheschließung handelt, oder wenn er dies zwar gewußt hat, aber eine Erklärung, die Ehe eingehen zu wollen, nicht hat abgeben wollen. Das gleiche gilt, wenn der Ehegatte sich in der Person des anderen Ehegatten geirrt hat.

2. Die Aufhebung ist ausgeschlossen, wenn der Ehegatte nach Entdeckung des Irrtums zu erkennen gegeben hat, daß er die Ehe fortsetzen will.

§ 32.

Irrtum über die persönlichen Eigenschaften des anderen Ehegatten.

1. Ein Ehegatte kann Aufhebung der Ehe begehren, wenn er sich bei der Eheschließung über solche persönlichen Eigenschaften des anderen Ehegatten geirrt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden.

2. Die Aufhebung ist ausgeschlossen, wenn der Ehegatte nach Entdeckung des Irrtums zu erkennen gegeben hat, daß er die Ehe fortsetzen will, oder wenn sein Verlangen nach Aufhebung der Ehe mit Rücksicht auf die bisherige Gestaltung des ehelichen Lebens der Ehegatten als sittlich nicht gerechtfertigt erscheint.

§ 33.

Arglistige Täuschung.

1. Ein Ehegatte kann Aufhebung der Ehe begehren, wenn er zur Eingehung der Ehe durch arglistige Täuschung über solche Umstände bestimmt worden

E. Annulment of the Marriage.**I. General Provisions.****Section 28.**

Annulment of the marriage can be sought only in the cases specified in Sections 30—34 and 39 of this law.

Section 29.

A marriage is annulled by a decision of the Court. It is dissolved at the time when the judgment has come into force.

II. Grounds for annulment.**Section 30.**

Lack of consent of the legal representative.

1. A marriage partner can seek annulment of the marriage if, at the time of contracting the marriage or, in the case of section 18, Subsection 2, at the time of confirmation, his legal capacity was limited and the consent of his legal representative to the marriage, or its confirmation, had not been given. So long as the marriage partner is limited in his legal capacity, only his legal representative can seek annulment of the marriage.

2. Annulment is inadmissible if the legal representative gives his consent to the marriage or if the marriage partner having his acquired legal capacity, has intimated his willingness to continue in the married state.

3. Where the legal representative withholds his consent without sufficient grounds, the guardianship judge may on the application of one of the marriage partners, give his consent instead.

Section 31.

Error regarding the celebration of marriage or regarding the identity of the other party.

1. A marriage partner can seek annulment of the marriage if at the time of marriage he was not aware that a marriage was being celebrated or if though he was aware of it, was unwilling to declare his willingness to enter into the marriage. The same applies if the marriage partner has made an error with regard to the identity of the other partner.

2. Annulment is inadmissible if the marriage partner, after discovering his error, has intimated his willingness to continue in the married state.

Section 32.

Error regarding the personal characteristics of the other partner.

1. A marriage partner can seek annulment if at the time of the marriage he made an error regarding such personal characteristics of the other partner which, had he known the facts and intelligibly understood the essential meaning of marriage, would have deterred him from contracting the marriage.

2. Annulment is inadmissible if the partner, after discovering the error, has intimated his willingness to continue in the married state, or if his request for annulment would not, having regard to the manner in which the married life of the parties had hitherto been conducted appear to be morally justified.

Section 33.

Wilful deceit.

1. A marriage partner can sue for annulment of the marriage if, at the time of the marriage he was wilfully deceived regarding such circumstances which,

ist, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten hätten.

2. Die Aufhebung ist ausgeschlossen, wenn die Täuschung von einem Dritten ohne Wissen des anderen Ehegatten verübt worden ist, oder wenn der Ehegatte nach Entdeckung der Täuschung zu erkennen gegeben hat, daß er die Ehe fortsetzen will.

3. Auf Grund einer Täuschung über Vermögensverhältnisse kann die Aufhebung der Ehe nicht begehrt werden.

§ 34.

Drohung.

1. Ein Ehegatte kann Aufhebung der Ehe begehren, wenn er zur Eingehung der Ehe widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist.

2. Die Aufhebung ist ausgeschlossen, wenn der Ehegatte nach Aufhören der durch die Drohung begründeten Zwangslage zu erkennen gegeben hat, daß er die Ehe fortsetzen will.

III. Erhebung der Aufhebungsklage.

§ 35.

Klagefrist.

1. Die Aufhebungsklage kann nur binnen eines Jahres erhoben werden.

2. Die Frist beginnt in den Fällen § 30 mit dem Zeitpunkt, in welchem die Eingehung oder die Bestätigung der Ehe dem gesetzlichen Vertreter bekannt wird, oder der Ehegatte die unbeschränkte Geschäftsfähigkeit erlangt; in den Fällen der §§ 31 bis 33 mit dem Zeitpunkt, in welchem der Ehegatte den Irrtum oder die Täuschung entdeckt; in dem Falle des § 34 mit dem Zeitpunkt, in welchem die Zwangslage aufhört.

3. Der Lauf der Frist ist gehemmt, solange der klagerechtigte Ehegatte innerhalb der letzten sechs Monate der Klagefrist durch einen unabwendbaren Zufall an der Erhebung der Aufhebungsklage gehindert ist.

4. Hat ein klagerechtiger Ehegatte, der geschäftsunfähig ist, keinen gesetzlichen Vertreter, so endet die Klagefrist nicht vor dem Ablauf von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, von dem an der Ehegatte die Aufhebungsklage selbständig erheben kann oder in dem der Mangel der Vertretung aufhört.

§ 36.

Versäumung der Klagefrist durch den gesetzlichen Vertreter.

Hat der gesetzliche Vertreter eines geschäftsunfähigen Ehegatten die Aufhebungsklage nicht rechtzeitig erhoben, so kann der Ehegatte selbst innerhalb von sechs Monaten seit dem Wegfall der Geschäftsunfähigkeit die Aufhebungsklage erheben.

IV. Folgen der Aufhebung.

§ 37.

1. Die Folgen der Aufhebung einer Ehe bestimmen sich nach den Vorschriften über die Folgen der Scheidung.

2. In den Fällen der §§ 30 bis 32 ist der Ehegatte als schuldig anzusehen, der den Aufhebungsgrund bei Eingehung der Ehe kannte; in den Fällen der §§ 33 und 34 der Ehegatte, von dem oder mit dessen Wissen die Täuschung oder die Drohung verübt worden ist.

had he known the state of affairs and intelligibly understood the essential meaning of marriage, would have deterred him from contracting the marriage.

2. Annulment is inadmissible if the deceit has been practised by a third party without the knowledge of the other marriage partner, or if the marriage partner, on discovering the deceit, has intimated his willingness to continue in the married state.

3. Annulment is inadmissible on the ground of deceit regarding financial circumstances.

Section 34.

Threat.

1. A marriage partner can sue annulment if he has been illegally induced by threats to contract the marriage.

2. Annulment is inadmissible if the marriage partner, after the duress resulting from such threats has ceased, has intimated his willingness to continue in the married state.

III. Filing of Application for Annulment.

Section 35.

Time limit for application.

1. An application for annulment can be filed only within one year.

2. This period begins to run in cases under Section 30, at the time when the marriage or the confirmation of the marriage becomes known to the legal representative or when the marriage partner acquires unlimited legal capacity; in cases under Sections 31—33, at the time when the marriage partner discovers the error or deceit; in the case under Section 34, at the time when the duress ceases.

3. The running of the period is suspended while the marriage partner entitled to file such an application is prevented from so doing by circumstances beyond his control within the last six months of the period.

4. If a marriage partner entitled to file such an application is legally incapacitated and has no legal representative, the period does not come to an end until six months after the time when the married partner is capable of filing the application himself or when representation becomes available.

Section 36.

Failure on the part of the legal representative to file an application within the period.

In the event of failure on the part of the legal representative of a legally incapacitated marriage partner to file the application for annulment within the prescribed time, the marriage partner himself can file the application for the annulment at any time within six months after his legal incapacity has ceased.

IV. Consequences of Annulment.

Section 37.

1. The consequences of annulment of a marriage are governed by the provisions relating to the consequences of divorce.

2. In cases under Sections 30—32, the partner who, at the time of marriage, had knowledge of the grounds for annulment, is to be considered the guilty party; in cases under Sections 33 and 34, the marriage partner, who committed, or had knowledge of the deceit or the threat, is to be considered the guilty party.

F. Wiederverheiratung im Falle der Todeserklärung.

§ 38.

1. Geht ein Ehegatte, nachdem der andere Ehegatte für tot erklärt worden ist, eine neue Ehe ein, so ist die neue Ehe nicht deshalb nichtig, weil der für tot erklärte Ehegatte noch lebt, es sei denn, daß beide Ehegatten bei der Eheschließung wissen, daß er die Todeserklärung überlebt hat.

2. Mit der Schließung der neuen Ehe wird die frühere Ehe aufgelöst. Sie bleibt auch dann aufgelöst, wenn die Todeserklärung aufgehoben wird.

§ 39.

1. Lebt der für tot erklärte Ehegatte noch, so kann sein früherer Ehegatte die Aufhebung der neuen Ehe begehren, es sei denn, daß er bei der Eheschließung wußte, daß der für tot erklärte Ehegatte die Todeserklärung überlebt hat.

2. Macht der frühere Ehegatte von dem ihm nach Abs. 1 zustehenden Recht Gebrauch und wird die neue Ehe aufgehoben, so kann er zu Lebzeiten seines Ehegatten aus der früheren Ehe eine neue Ehe nur mit diesem eingehen. Im übrigen bestimmen sich die Folgen der Aufhebung nach § 37.

§ 40.

Ist eine Ehe gemäß § 38, Abs. 2 aufgelöst, so regelt sich das Recht, für die Person eines Kindes aus dieser Ehe zu sorgen, sowie die Verpflichtung eines der Ehegatten, dem anderen einen Beitrag zu dem Unterhalt dieses Kindes zu leisten, in gleicher Weise, wie wenn die Ehe ohne Schuldausspruch geschieden worden wäre.

Zweiter Abschnitt.

Recht der Ehescheidung.

A. Allgemeine Vorschriften.

§ 41.

Die Ehe wird durch gerichtliches Urteil geschieden. Sie ist mit der Rechtskraft des Urteils aufgelöst. Die Voraussetzungen, unter denen die Scheidung begehrt werden kann, ergeben sich aus den nachstehenden Vorschriften.

B. Ehescheidungsgründe.

I. Scheidung wegen Verschuldens (Eheverfehlungen).

§ 42.

Ehebruch.

1. Ein Ehegatte kann Scheidung begehren, wenn der andere die Ehe gebrochen hat.

2. Er hat kein Recht auf Scheidung, wenn er dem Ehebruch zugestimmt oder ihn durch sein Verhalten absichtlich ermöglicht oder erleichtert hat.

§ 43.

Andere Eheverfehlungen.

Ein Ehegatte kann Scheidung begehren, wenn der andere durch eine schwere Eheverfehlung oder durch ehrlloses oder unsittliches Verhalten die Ehe schuldhaft so tief zerrüttet hat, daß die Wiederherstellung einer ihrem Wesen entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann. Wer selbst eine Verfehlung begangen hat, kann die Scheidung nicht begehren, wenn nach der Art seiner Verfehlung, insbesondere wegen des Zusammenhangs der

F. Re-marriage in the case of declaration of death.

Section 38.

1. Where a marriage partner re-marries — the other partner having been declared dead — the new marriage is not void on the ground that the partner declared dead is still alive, unless both partners to the new marriage knew at the time of marriage that he was still alive at the time when he was declared dead.

2. The former marriage is dissolved by the new marriage. It remains dissolved even if the official declaration of death is annulled.

Section 39.

1. If the marriage partner declared to be dead is still alive, the former spouse can seek annulment of the new marriage unless he knew at the time of marriage that the marriage partner declared to be dead was still alive at the time when he was officially declared dead.

2. If the former spouse avails himself of his right in accordance with Subsection 1, and if the new marriage is annulled, he can contract marriage, as long as the former marriage partner is still alive, only with the latter. In other respects the consequences of annulment are governed by Section 37.

Section 40.

If a marriage has been dissolved under Section 38, Subsection 2, the right to the custody of the person of a child of this marriage and the obligations of one of the parties to contribute towards the maintenance of that child are regulated in the same way as if the parties had been divorced without any declaration as to their guilt.

Part Two.

Law of Divorce.

A. General Provisions.

Section 41.

The marriage partners are divorced by a decision of the Court. A marriage is dissolved at the time when the judgment comes into force. The conditions under which divorce can be sought are set out in the following provisions.

B. Grounds for divorce.

I. Divorce on grounds of guilt (violation) of marriage duties.

Section 42.

Adultery.

1. A marriage partner can petition for divorce if the other partner has committed adultery.

2. He has no legal right to divorce if he consented to the adultery or if by his conduct he intentionally made it possible or facilitated it.

Section 43.

Other violations of marriage duties.

A marriage partner can petition for divorce if the other partner, through serious violations of marriage duties or through disreputable or immoral conduct, is guilty of having disrupted the foundations of the marriage to such an extent that the restoration of common life in the true conjugal sense can no longer be expected. Any partner who has himself been guilty of such a violation cannot petition for divorce, if on a true assessment of the significance of mar-

Verfehlung des anderen Ehegatten mit seinem eigenen Verschulden, sein Scheidungsbegehren bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe sittlich nicht gerechtfertigt ist.

II. Scheidung aus anderen Gründen.

§ 44.

Auf geistiger Störung beruhendes Verhalten.

Ein Ehegatte kann Scheidung begehren, wenn die Ehe infolge eines Verhaltens des anderen Ehegatten, das nicht als Eheverfehlung betrachtet werden kann, weil es auf einer geistigen Störung beruht, so tief zerrüttet ist, daß die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht erwartet werden kann.

§ 45.

Geisteskrankheit.

Ein Ehegatte kann Scheidung begehren, wenn der andere geisteskrank ist, die Krankheit einen solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben ist, und eine Wiederherstellung dieser Gemeinschaft nicht erwartet werden kann.

§ 46.

Ansteckende oder ekelerregende Krankheit.

Ein Ehegatte kann Scheidung begehren, wenn der andere an einer schweren ansteckenden oder ekelerregenden Krankheit leidet und ihre Heilung oder die Beseitigung der Ansteckungsgefahr in absehbarer Zeit nicht erwartet werden kann.

§ 47.

Vermeidung von Härten.

In den Fällen der §§ 44 bis 46 darf die Ehe nicht geschieden werden, wenn das Scheidungsbegehren sittlich nicht gerechtfertigt ist. Dies ist in der Regel dann anzunehmen, wenn die Auflösung der Ehe den anderen Ehegatten außergewöhnlich hart treffen würde. Ob dies der Fall ist, richtet sich nach den Umständen, namentlich auch nach der Dauer der Ehe, dem Lebensalter der Ehegatten und dem Anlaß der Erkrankung.

§ 48.

Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft.

1. Ist die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten seit drei Jahren aufgehoben und infolge einer tiefgreifenden unheilbaren Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten, so kann jeder Ehegatte die Scheidung begehren.

2. Hat der Ehegatte, der die Scheidung begehrt, die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet, so kann der andere der Scheidung widersprechen. Der Widerspruch ist nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten sittlich nicht gerechtfertigt ist.

3. Dem Scheidungsbegehren ist nicht stattzugeben, wenn das wohlverstandene Interesse eines oder mehrerer minderjähriger Kinder, die aus der Ehe hervorgegangen sind, die Aufrechterhaltung der Ehe erfordert.

riage the nature of his violation does not morally justify his request for divorce, especially if there should be a connection between his violation and that of his partner.

II. Divorce on other grounds.

Section 44.

Conduct due to mental derangement.

A marriage partner can petition for divorce if, owing to the conduct of the other partner which cannot be considered as a violation of marriage duties because it arises from the mental derangement, the foundations of marriage have been disrupted to such an extent that restoration of common life in true conjugal sense can no longer be expected.

Section 45.

Mental Diseases.

A marriage partner can petition for divorce if the other partner is suffering from a mental disease which has reached such a stage as to make spiritual companionship impossible and unlikely to be restored.

Section 46.

Contagious and repulsive diseases.

A marriage partner can petition for divorce if the other partner is suffering from a severe contagious or repulsive disease which cannot be expected to be cured or rendered innocuous within a reasonable time.

Section 47.

Prevention of Hardship.

In cases under Sections 44—46, divorce is not admissible if the petition for divorce cannot be morally justified. As a rule this must be assumed if the dissolution of the marriage would cause exceptional hardship to the other partner. Whether this is the case depends on circumstances, in particular the duration of the marriage, the age of the marriage partners and the circumstances in which the disease was contracted.

Section 48.

Cessation of domestic life.

1. If the marriage partners have not kept a common household for three years and if, owing to a deeprooted, incurable disruption of marital relations, restoration of common life in the conjugal sense cannot be expected, either of the marriage partners can petition for a divorce.

2. If the action of the marriage partner seeking divorce wholly or predominately caused such a disruption, the other partner can oppose the divorce. Such opposition must be disregarded if maintenance of the marriage does not appear to be morally justified on a true assessment of the significance of marriage and of the mutual conduct of both partners.

3. The petition for divorce must not be granted if on a true understanding of the interests of one or several minor children of this marriage, the maintenance of the marriage is required.

C. Ausschluß des Scheidungsrechts.**§ 49.****Verzeihung.**

Das Recht auf Scheidung wegen Verschuldens besteht nicht, wenn sich aus dem Verhalten des verletzten Ehegatten ergibt, daß er die Verfehlung des anderen verziehen oder sie als ehezerstörend nicht empfunden hat.

§ 50.**Fristablauf.**

1. Das Recht auf Scheidung wegen Verschuldens erlischt, wenn der Ehegatte nicht binnen sechs Monaten die Klage erhebt. Die Frist beginnt mit der Kenntnis des Scheidungsgrundes. Sie läuft nicht, solange die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten aufgehoben ist. Fordert der schuldige Ehegatte den anderen auf, die Gemeinschaft herzustellen oder die Klage auf Scheidung zu erheben, so läuft die Frist vom Empfang der Aufforderung an.

2. Die Scheidung ist nicht mehr zulässig, wenn seit dem Eintritt des Scheidungsgrundes zehn Jahre verstrichen sind.

3. Der Erhebung der Klage steht der Antrag auf Anberaumung eines Sühntermins gleich, sofern die Ladung demnächst erfolgt. Der Antrag verliert diese Wirkung, wenn der Antragsteller im Sühntermin nicht erscheint oder die Klage nicht binnen drei Monaten seit dem Abschluß des Sühneverfahrens erhebt.

4. Für die Sechs- und Dreimonatsfrist gilt § 35, Abs. 3 und 4 entsprechend.

§ 51.**Nachträgliche Geltendmachung von Scheidungsgründen bei Scheidung wegen Verschuldens.**

1. Nach Ablauf der in Paragraph 50 bezeichneten Fristen kann während eines Scheidungsstreites ein Scheidungsgrund noch geltend gemacht werden, wenn die Frist bei der Klageerhebung noch nicht verstrichen war.

2. Eheverfehlungen, auf die eine Scheidungsklage nicht mehr gegründet werden kann, können auch nach Ablauf der Fristen des § 50 zur Unterstützung einer auf andere Eheverfehlungen gegründeten Scheidungsklage geltend gemacht werden.

D. Schuldausspruch.**§ 52.****Bei Scheidung wegen Verschuldens.**

1. Wird die Ehe wegen Verschuldens des Beklagten geschieden, so ist dies im Urteil auszusprechen.

2. Hat der Beklagte Widerklage erhoben und wird die Ehe wegen Verschuldens beider Ehegatten geschieden, so sind beide für schuldig zu erklären. Ist das Verschulden des einen Ehegatten erheblich schwerer als das des anderen, so ist zugleich auszusprechen, daß seine Schuld überwiegt.

3. Auch ohne Erhebung einer Widerklage ist auf Antrag des Beklagten die Mitschuld des Klägers auszusprechen, wenn die Ehe wegen einer Verfehlung des Beklagten geschieden wird, und dieser zur Zeit der Erhebung der Klage oder später auf Scheidung wegen Verschuldens hätte klagen können. Hatte der Beklagte bei der Klageerhebung das Recht, die Scheidung wegen Verschuldens des Klägers zu begehren, bereits verloren, so ist dem Antrag gleichwohl stattzugeben, wenn dies der Billigkeit entspricht, Abs. 2 Satz 2, und § 50, Abs. 3 gelten entsprechend.

C. Exclusion of the right to divorce.**Section 49.****Condonation.**

The right to a divorce on the ground of guilt does not exist if from the conduct of the injured partner it can be inferred that he has condoned the violation or has not considered it to have disrupted the marriage.

Section 50.**Period of Limitation.**

1. The right to a divorce on the ground of guilt lapses if the marriage partner does not file a petition within six months. The period begins to run from the time when the ground for divorce becomes known to him. The period does not run while the partners ceased to keep a common household. If the guilty party requires the other party to re-establish a common household or to file a divorce petition, the period begins to run from the date of the receipt of this demand.

2. Divorce is no longer admissible if ten years have elapsed from the date of the occurrence of the ground for divorce.

3. An application for judicial conciliation has the same effect as the filing of a petition for divorce provided the summons is issued without delay. The application loses this effect if the applicant does not appear at the conciliation hearing or the petition is not filed within three months of the conclusion of the conciliation proceedings.

4. Section 35, Subsections 3 and 4 are applicable to the six and three months' periods of limitation.

Section 51.**Subsequent reliance on grounds for divorce in the case of divorces on grounds of guilt.**

1. After the expiry of the periods referred to in Section 50, a ground for divorce can still be pleaded during divorce proceedings if the period had not expired at the time of the filing of the petition.

2. Violations of marriage duties on which a divorce petition can no longer be based, may, even after the expiration of the periods of limitation specified in Section 50, be pleaded in support of a divorce petition based on other violations of marriage duties.

D. Findings of Guilt.**Section 52.****Divorce on grounds of guilt.**

1. If a divorce is granted by reason of the guilt of the defendant, this must be stated in the judgment.

2. If the defendant has made counter-charges and a divorce is granted on account of the guilt of both partners to the marriage, then both are to be declared guilty. If the guilt of one party is substantially graver than that of the other party, then it must also be stated that his guilt outweighs that of the other party.

3. Even if no counter-charge is made, the joint guilt of the plaintiff must be declared on the application of the defendant if the divorce is granted owing to a violation on the part of the defendant, who at the time of filing the petition, or later, would himself have had grounds for divorce on account of guilt. In the event of the defendant at the time petition was filed having already forfeited his right to seek divorce on grounds of guilt on the part of the plaintiff, the application must nevertheless be granted if this should be considered fair; Subsection 2, Sentence 2 of this Section and Subsection 3 of Section 50 shall apply correspondingly.

§ 53.

Scheidung aus anderen Gründen.

1. Wird die Ehe auf Klage und Widerklage geschieden, und trifft nur einen Ehegatten ein Verschulden, so ist dies im Urteil auszusprechen.

2. Wird die Ehe lediglich auf Grund der Vorschriften der §§ 44 bis 46 und 48 geschieden, und hätte der Beklagte zur Zeit der Erhebung der Klage oder später auf Scheidung wegen Verschuldens des Klägers klagen können, so ist auch ohne Erhebung der Widerklage auf Antrag des Beklagten auszusprechen, daß den Kläger ein Verschulden trifft. Hatte der Beklagte bei der Klageerhebung das Recht, die Scheidung wegen Verschuldens des Klägers zu begehren, bereits verloren, so ist dem Antrag gleichwohl stattzugeben, wenn dies der Billigkeit entspricht. § 50, Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

E. Folgen der Scheidung.**I. Name der geschiedenen Frau.**

§ 54.

Grundsatz.

Die geschiedene Frau behält den Familiennamen des Mannes.

§ 55.

Wiederannahme eines früheren Namens.

1. Die geschiedene Frau kann durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten ihren Familiennamen wieder annehmen. Die Erklärung bedarf der öffentlichen Beglaubigung.

2. In gleicher Weise kann die Frau einen früheren Ehenamen, den sie bei Eingehung der geschiedenen Ehe hatte, wieder annehmen, wenn aus der früheren Ehe Nachkommenschaft vorhanden ist.

Die Wiederannahme ist ausgeschlossen, wenn die Frau allein oder überwiegend für schuldig erklärt ist.

§ 56.

Untersagung der Namensführung durch den Mann.

1. Ist die Frau allein oder überwiegend für schuldig erklärt, so kann ihr der Mann durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten die Weiterführung seines Namens untersagen. Die Erklärung bedarf der öffentlichen Beglaubigung. Der Standesbeamte soll der Frau die Erklärung mitteilen.

2. Mit dem Verlust des Mannesnamens erhält die Frau ihren Familiennamen wieder.

§ 57.

Untersagung der Namensführung durch das Vormundschaftsgericht.

1. Macht die Frau sich nach der Scheidung einer schweren Verfehlung gegen den Mann schuldig, oder führt sie gegen seinen Willen einen ehrlosen oder unsittlichen Lebenswandel, so kann ihr das Vormundschaftsgericht auf Antrag des Mannes die Weiterführung seines Namens untersagen.

2. Abs. 1 gilt entsprechend, wenn die Frau nach § 55, Abs. einen früheren Ehenamen wieder angenommen hat.

3. Der Beschluß, der die Weiterführung des Namens untersagt, wird erst mit der Rechtskraft wirksam. Die Frau erhält damit ihren Familiennamen wieder.

Section 53.

Divorce on other grounds.

1. If a divorce is granted on the strength of a charge and counter-charge and if only one of the marriage partners is found guilty, this must be stated in the judgment.

2. If the divorce is granted merely on the strength of the provisions contained in Sections 44—46 and 48, and if the defendant, at the time the petition was filed, or later, could have petitioned for divorce on the ground of the plaintiff's guilt, the judgment, even if no counter-charge has been made, must on the application of the defendant state that the plaintiff has been found guilty. If the right of the defendant to petition for divorce on the ground of the plaintiff's guilt had already been forfeited at the time the petition was filed, the application must nevertheless be granted if this should appear to be fair. Section 50, Subsection 3 shall apply correspondingly.

E. Consequences of Divorce.**I. Name of the divorced wife.**

Section 54.

Principle.

The divorced wife retains the surname of her husband.

Section 55.

Resumption of a former name.

1. A divorced wife may resume her maiden name by making a declaration before a registrar. The declaration requires public certification.

2. Similarly she may resume a former surname acquired through a previous marriage if there are descendants of that marriage. Resumption is inadmissible if the wife has been found wholly or predominantly guilty.

Section 56.

Refusal by the husband to allow retention of his name.

1. If the wife has been found solely or predominantly guilty, the husband may, by declaration before a registrar, forbid her to retain his surname. This declaration requires public certification. The registrar must notify the wife of this declaration.

2. On the loss of her husband's name the wife resumes her maiden name.

Section 57.

Refusal by the Guardianship Court to allow retention of name.

1. If after divorce the wife is found guilty of a serious lapse against her former husband, or if she, against his will, leads a disreputable or immoral life, the Guardianship Court may, upon application by the former husband, forbid her to retain his surname.

2. Subsection 1 is also applicable if the wife has resumed a surname acquired through a previous marriage under Section 55, Subsection 2.

3. The decision forbidding the retention of the name comes into force only after the decision has become final. The wife thereupon resumes her maiden name.

II. Unterhalt.**§ 58.****a) Unterhaltspflicht bei Scheidung wegen Verschuldens.**

1. Der allein oder überwiegend für schuldig erklärte Mann hat der geschiedenen Frau den nach den Lebensverhältnissen der Ehegatten angemessenen Unterhalt zu gewähren, soweit die Einkünfte aus dem Vermögen der Frau und die Erträgnisse einer Erwerbstätigkeit nicht ausreichen.

2. Die allein oder überwiegend für schuldig erklärte Frau hat dem geschiedenen Mann angemessenen Unterhalt zu gewähren, soweit er außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

§ 59.

1. Würde der allein oder überwiegend für schuldig erklärte Ehegatte durch Gewährung des im § 58 bestimmten Unterhalts bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen, den eigenen angemessenen Unterhalt gefährden, so braucht er nur so viel zu leisten, als es mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der geschiedenen Ehegatten der Billigkeit entspricht. Hat der Verpflichtete einem minderjährigen unverheirateten Kinde oder bei Wiederverheiratung dem neuen Ehegatten Unterhalt zu gewähren, so sind auch die Bedürfnisse und die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Personen zu berücksichtigen.

2. Der Mann ist unter den Voraussetzungen des Abs. 1 von der Unterhaltspflicht ganz befreit, wenn die Frau den Unterhalt aus dem Stamm ihres Vermögens bestreiten kann.

§ 60.

Sind beide Ehegatten schuld an der Scheidung, trägt aber keiner die überwiegende Schuld, so kann dem Ehegatten, der sich nicht selbst unterhalten kann, ein Beitrag zu seinem Unterhalt zugebilligt werden, wenn und soweit dies mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse des anderen Ehegatten und der nach § 63 unterhaltspflichtigen Verwandten des Bedürftigen der Billigkeit entspricht. Die Beitragspflicht kann zeitlich beschränkt werden; § 59, Abs. 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

b) Unterhaltspflicht bei Scheidung aus anderen Gründen.**§ 61.**

1. Ist die Ehe allein aus einem der in den §§ 44 bis 46 und 48 bezeichneten Gründen geschieden, und enthält das Urteil einen Schuldausspruch, so finden die Vorschriften der §§ 58 und 59 entsprechende Anwendung.

2. Enthält das Urteil keinen Schuldausspruch, so hat der Ehegatte, der die Scheidung verlangt hat, dem anderen Unterhalt zu gewähren, wenn und soweit dies mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der geschiedenen Ehegatten und der nach § 63 unterhaltspflichtigen Verwandten des Berechtigten der Billigkeit entspricht. § 59, Abs. 1, Satz 2 und Abs. 2 finden entsprechende Anwendung.

c) Art der Unterhaltsgewährung.**§ 62.**

1. Der Unterhalt ist durch Zahlung einer Geldrente zu gewähren. Die Rente ist monatlich im voraus zu entrichten. Der Verpflichtete hat Sicherheit zu leisten, wenn die Gefahr besteht, daß er sich seiner Unterhaltspflicht zu entziehen sucht. Die Art der Sicherheitsleistung bestimmt sich nach den Umständen.

II. Alimony.**Section 58.****a) Obligation to pay alimony in case of divorce on grounds of guilt.**

1. A husband who has been found solely or predominantly guilty must pay alimony to his divorced wife commensurate with the standard of their married life, in so far as the income from property and earnings from any occupation of the divorced wife are insufficient.

2. A wife who has been found solely or predominantly guilty must pay adequate alimony to her divorced husband in so far as he is incapable of supporting himself.

Section 59.

1. Should the payment of the alimony fixed in Section 58 impair the means for the reasonable maintenance of the married partner who has been found solely or predominantly guilty, having regard to any other obligations he may have, he need only pay so much as is equitable, having regard to the needs of the divorced couple and their circumstances as regards property or earnings from any occupation. If the person under the obligation of alimony has to support a minor unmarried child, or if remarried, to support the new marital partner, the needs and the economic circumstances of these persons are to be considered.

2. In the circumstances set out in Subsection 1, the husband is released from any obligation to pay alimony if the wife can provide for her own maintenance from income derived from her own property.

Section 60.

In the event of both marriage partners having been found guilty but neither predominantly guilty, the marriage partner who cannot provide for his own maintenance may be awarded a contribution towards his maintenance if and in so far as this is equitable, having regard to the means and earnings of the other party to the marriage and of those relations who are under an obligation to provide maintenance under Section 63. The obligation to make such a contribution can be limited to a certain period. Section 59, Subsection 1, Sentence 2 shall apply correspondingly.

b) Obligation to pay alimony in cases of divorce on other grounds.**Section 61.**

1. If divorce was granted solely on one of the grounds specified in Sections 44—46 and 48, and if the judgment contains a finding of guilt, the provisions of Sections 58 and 59 shall apply.

2. If the judgment does not contain a finding of guilty, the married party petitioning for divorce must pay alimony to the other partner if and in so far as this is equitable, having regard to the means and earnings of the divorced couple and of those relations who are liable to provide maintenance for the party entitled under Section 63. Section 59, Subsection 1, Sentence 2 and Subsection 2 shall apply correspondingly.

c) Mode of payment of alimony.**Section 62.**

1. Alimony must be paid by means of regular cash payments. Payments have to be made monthly in advance. If it is apprehended that the debtor intends to evade his maintenance obligations, he must provide security. The manner in which security is to be provided is determined according to the circumstances.

2. Statt der Rente kann der Berechtigte eine Abfindung in Kapital verlangen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, und der Verpflichtete dadurch nicht unbillig belastet wird.

3. Der Verpflichtete schuldet den vollen Monatsbetrag auch dann, wenn der Berechtigte im Lauf des Monats stirbt.

§ 63.

1. Der unterhaltspflichtige geschiedene Ehegatte haftet vor den Verwandten des Berechtigten. Soweit jedoch der Verpflichtete bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen den eigenen angemessenen Unterhalt gefährden würde, haften die Verwandten vor dem geschiedenen Ehegatten. Soweit einem geschiedenen Ehegatten ein Unterhaltsanspruch gegen den anderen Ehegatten nicht zusteht, haben die Verwandten des Berechtigten nach den allgemeinen Vorschriften über die Unterhaltspflicht den Unterhalt zu gewähren.

2. Die Verwandten haften auch, wenn die Rechtsverfolgung gegen den unterhaltspflichtigen Ehegatten im Inland ausgeschlossen oder erheblich erschwert ist. In diesem Falle geht der Anspruch gegen den Ehegatten auf den Verwandten über, der den Unterhalt gewährt hat. Der Übergang kann nicht zum Nachteil des Unterhaltsberechtigten geltend gemacht werden.

§ 64.

Für die Vergangenheit kann der Berechtigte Erfüllung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung erst von der Zeit an fordern, in der der Unterhaltspflichtige in Verzug gekommen oder der Unterhaltsanspruch rechthängig geworden ist, für eine länger als ein Jahr vor der Rechthängigkeit liegende Zeit jedoch nur, soweit anzunehmen ist, daß der Verpflichtete sich der Leistung absichtlich entzogen hat.

d) Begrenzung und Wegfall des Unterhaltsanspruchs.

Selbstverschuldete Bedürftigkeit.

§ 65.

1. Ein Unterhaltsberechtigter, der infolge sittlichen Verschuldens bedürftig ist, kann nur den notdürftigen Unterhalt verlangen.

2. Ein Mehrbedarf, der durch grobes Verschulden des Berechtigten herbeigeführt ist, begründet keinen Anspruch auf erhöhten Unterhalt.

§ 66.

Der Berechtigte verwirkt den Unterhaltsanspruch, wenn er sich nach der Scheidung einer schweren Verfehlung gegen den Verpflichteten schuldig macht oder gegen dessen Willen einen ehrlosen oder unsittlichen Lebenswandel führt.

§ 67.

Wiederverheiratung des Berechtigten.

Die Unterhaltspflicht erlischt mit der Wiederverheiratung des Berechtigten.

§ 68.

Wiederverheiratung
des Verpflichteten.

Bei Wiederverheiratung des Verpflichteten finden die Vorschriften des § 1604 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Einfluß des Güterstandes auf die Unterhaltspflicht entsprechende Anwendung.

§ 69.

Tod des Berechtigten.

1. Der Unterhaltsanspruch erlischt mit dem Tode des Berechtigten. Nur soweit er auf Erfüllung oder

2. The beneficiary may demand a lump sum in lieu of monthly payments if there is sufficient reason for this demand and if the debtor is not unfairly burdened thereby.

3. The debtor is liable for the fully monthly instalment even in the event of death of the beneficiary in the course of the month.

Section 63.

1. The divorced party who is under an obligation to pay alimony is liable to do so before the relatives of the beneficiary become liable. In so far, however, as the debtor's own reasonable maintenance would be imperilled taking into consideration his other obligations, the relations shall be liable in the first instance. So far as the divorced party has no claim to alimony against the other party, the relatives of the party entitled to maintenance must provide maintenance according to the general provisions concerning the liability for maintenance.

2. The relatives shall also be liable if legal proceedings in this country against the marriage party who is liable are impossible or of considerable difficulty. In such a case the claim against the marriage partner is transferred to the relative who has provided the maintenance. The transfer cannot be relied upon to the disadvantage of the beneficiary.

Section 64.

The party entitled can claim arrears of payments or damages for non-fulfilment only from the time when the party liable defaulted or the court became seized of the claim for alimony; and in the case of periods exceeding one year prior to the date when the court was seized, only if it can be presumed that the party liable has purposely evaded payments.

d) Limitation and lapse of claims
for alimony.

Section 65.

Indigence due to the fault of the party
entitled.

1. A party entitled to alimony whose indigence is due to immoral conduct can claim alimony sufficient only for the bare necessities of life.

2. Additional requirements caused by any grave fault of the party entitled do not justify a claim to increased maintenance.

Section 66.

Forfeiture.

The party entitled forfeits his claim to alimony if after divorce he becomes guilty of a serious lapse against the party liable or if against the wishes of the other party he leads a disreputable or immoral life.

Section 67.

Re-marriage of the party entitled.

The obligation to pay alimony lapses on the re-marriage of the beneficiary.

Section 68.

Re-marriage of the party liable.

In the event of the party liable re-marrying, the provisions of Section 1604 of the "Bürgerliches Gesetzbuch" concerning the effects of the marriage property system on the obligation of maintenance shall apply correspondingly.

Section 69.

Death of the Beneficiary.

1. The claim to alimony expires with the death of the beneficiary. Only a claim for arrears of pay-

Schadenersatz wegen Nichterfüllung für die Vergangenheit gerichtet ist, oder sich auf Beträge bezieht, die beim Tode des Berechtigten fällig sind, bleibt er auch nachher bestehen.

2. Der Verpflichtete hat die Bestattungskosten zu tragen, soweit dies der Billigkeit entspricht und die Kosten nicht von den Erben zu erlangen sind.

§ 70.

Tod des Verpflichteten.

1. Mit dem Tode des Verpflichteten geht die Unterhaltspflicht auf die Erben als Nachlaßverbindlichkeit über.

2. Der Erbe haftet ohne die Beschränkungen des § 59. Der Berechtigte muß sich jedoch die Herabsetzung der Rente auf einen Betrag gefallen lassen, der bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Erben und der Ertragsfähigkeit des Nachlasses der Billigkeit entspricht.

3. Eine nach § 60 einem Ehegatten auferlegte Beitragspflicht erlischt mit dem Tode des Verpflichteten.

e) Beitrag zum Unterhalt der Kinder.

§ 71.

1. Hat ein geschiedener Ehegatte einem gemeinschaftlichen Kinde Unterhalt zu gewähren, so hat ihm der andere aus den Einkünften seines Vermögens und den Erträgen seiner Erwerbstätigkeit einen angemessenen Beitrag zu den Unterhaltskosten zu leisten, soweit diese nicht durch die Nutznießung am Kindesvermögen gedeckt werden. Der Anspruch ist nicht übertragbar.

2. Steht dem beitragspflichtigen Ehegatten die Sorge für die Person des Kindes zu, so kann er den Beitrag zur eigenen Verwendung für den Unterhalt des Kindes zurückbehalten.

f) Unterhaltsverträge.

§ 72.

Die Ehegatten können über die Unterhaltspflicht für die Zeit nach der Scheidung der Ehe Vereinbarungen treffen. Ist eine Vereinbarung dieser Art vor Rechtskraft des Scheidungsurteils getroffen worden, so ist sie nicht schon deshalb nichtig, weil sie die Scheidung erleichtert oder ermöglicht hat. Sie ist jedoch nichtig, wenn die Ehegatten im Zusammenhang mit der Vereinbarung einen nicht oder nicht mehr bestehenden Scheidungsgrund geltend gemacht hatten, oder wenn sich anderweitig aus dem Inhalt der Vereinbarung oder aus sonstigen Umständen des Falles ergibt, daß sie den guten Sitten widerspricht.

g) Widerruf von Schenkungen.

§ 73.

1. Ist ein Ehegatte für allein schuldig erklärt, so kann der andere Ehegatte Schenkungen, die er ihm während des Brautstandes oder während der Ehe gemacht hat, mit Ausnahme von solchen von unerheblichem Geld- oder Gefühlswert, widerrufen. Die Vorschrift des § 531 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet Anwendung.

2. Der Widerruf ist ausgeschlossen, wenn seit der Rechtskraft des Scheidungsurteils ein Jahr verstrichen ist oder wenn der Schenker oder der Beschenkte verstorben ist.

III. Verhältnis zu den Kindern.

§ 74.

Sorge für die Person des Kindes.

1. Ist die Ehe geschieden, so bestimmt das Vormundschaftsgericht, falls eine Einigung der Ehe-

ments or damages for non-fulfilment, or a claim for amounts due to the beneficiary on the date of his death, remain valid after his death.

2. The party liable is responsible for funeral expenses in so far as this is equitable, and only if they cannot be recovered from the heirs.

Section 70.

Death of the party liable.

1. On the death of the party liable the obligation to pay alimony is transferred to the heirs as a liability attaching to the inheritance.

2. The responsibility of the heir is not limited by Section 59. The beneficiary must, however, submit to any reduction of payment which may appear equitable, having regard to the circumstances of the heir and the yield of the estate.

3. An obligation to contribute imposed on a party to the marriage by Section 60 lapses on the death of the party liable.

e) Contribution towards the maintenance of children.

Section 71.

1. If one of the divorced parties has to provide maintenance for a child born of the marriage, the other party must make a contribution, commensurate with the income from his property and from the earnings of his occupation towards the cost of such maintenance, in so far as this is not covered by the usufruct of the child's property. This claim is not transferable.

2. If the party liable to make that contribution has the custody of the person of the child, he may retain the contribution for the purpose of applying it to the maintenance of the child.

f) Contracts in respect of alimony.

Section 72.

The marriage partners may enter into an agreement in respect of the obligation to pay alimony after the divorce. If such an agreement has been made before the judgement becomes final, it shall not be void merely because it facilitated or made possible the divorce; it shall, however, be void if the marriage partners in connection with it has relied on a ground for divorce which was non-existent or no longer exists; or if in other respects the contents of the agreement or other circumstances the case indicate that the agreement is contrary to morality.

g) Return of gifts.

Section 73.

1. In the case of one partner only having been found guilty, the other marriage partner may demand the return of gifts made by him during the period of their engagement or marriage, with the exception of gifts of no substantial, pecuniary or sentimental value. The provisions of Section 531 of the "Bürgerliches Gesetzbuch" shall apply.

2. Such claims are inadmissible if a period of one year from the date when the divorce judgment became final has elapsed, or if either donor or recipient has died.

III. Relationship to children.

Section 74.

Care of the child.

1. Where in a divorce no agreement has been reached between the parties, the Guardianship Court

gatten nicht zustande gekommen ist, welchem von ihnen die Sorge für die Person des oder der gemeinschaftlichen Kinder zustehen soll. Die Einigung der Ehegatten ist in einem schriftlichen Vorschlag binnen einer Frist von zwei Wochen nach Rechtskraft des Scheidungsurteils dem Vormundschaftsgericht zur Genehmigung vorzulegen.

2. Ist der Vorschlag innerhalb der in Abs. 1 bestimmten Frist nicht vorgelegt worden, oder findet er nicht die Billigung des Vormundschaftsgerichts, so hat dasselbe diejenige Regelung zu treffen, die dem wohlverstandenen Interesse des oder der Kinder unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse am besten entspricht. Es kann dabei auch mit den Kindern persönlich Fühlung nehmen.

3. Vor der Entscheidung sind die geschiedenen Ehegatten persönlich zu hören. Von der Anhörung soll nur abgesehen werden, wenn sie unmöglich ist.

4. Einem Ehegatten, der allein oder überwiegend für schuldig erklärt worden ist, soll die Sorge nur übertragen werden, wenn dies aus besonderen Gründen dem Wohl des oder der Kinder dient.

5. Das Vormundschaftsgericht kann die Sorge einem Pfleger übertragen, wenn dies aus besonderen Gründen für das Wohl des oder der Kinder erforderlich ist.

6. Das Vormundschaftsgericht kann die Regelung jederzeit ändern, wenn es dies im Interesse des Wohls des oder der Kinder für angezeigt hält.

§ 75.

Persönlicher Verkehr mit den Kindern.

1. Der Ehegatte, dem die Sorge für die Person eines gemeinschaftlichen Kindes nicht zusteht, behält die Befugnis, mit ihm persönlich zu verkehren.

2. Das Vormundschaftsgericht kann den Verkehr näher regeln. Es kann ihn für eine bestimmte Zeit oder dauernd ausschließen, wenn dies aus besonderen Gründen dem Wohl des Kindes dient.

F. Recht zum Getrenntleben nach Verlust des Scheidungsrechts.

§ 76.

Ist das Scheidungsrecht durch Verzeihung oder Fristablauf verlorengegangen, so sind die Rechte und Pflichten der Ehegatten so zu beurteilen, als ob der verlorengegangene Scheidungsgrund niemals bestanden hätte.

Dritter Abschnitt.

Härtemilderungsklage.

§ 77.

1. Gerichtliche Entscheidungen familienrechtlichen Inhalts, die auf Grund solcher Vorschriften des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet vom 6. Juni 1938 (Reichsgesetzblatt I S. 807) ergangen sind, die weder im Bürgerlichen Gesetzbuch enthalten waren, noch in diesem Gesetz enthalten sind, sowie gerichtliche Entscheidungen, die ganz oder vorwiegend auf rassenmäßigen, politischen oder religiösen Gründen beruhen, können von jedem der durch die Entscheidung benachteiligten Ehegatten sowie den aus der Ehe hervorgegangenen Kindern und vom Staatsanwalt angefochten werden (Härtemilderungsklage).

2. Die Härtemilderungsklage ist innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vor demjenigen Gericht zu erheben, dessen rechtskräftige Entscheidung angefochten wird. Falls dies unmöglich

decides to which of them shall be given the custody of the child or children of the marriage. Agreement between the parties must be submitted to the Guardianship Court for approval in the form of a written proposal within a period of two weeks from the time when the divorce became final.

2. If such an agreement is not submitted within the period specified in Subsection 1 or is not approved by the Guardianship Court; the latter shall make such an order as is consistent with the best interests of the child or children, having regard to all circumstances. For this purpose the Court may make personal contact with the children.

3. The divorce parties should be personally heard before such a decision is made. Such a hearing shall be dispensed with only if it cannot be arranged.

4. Custody shall be given to the party who has been found solely or predominantly guilty only if this is, for special reasons, in the best interests of the child or children.

5. The Guardianship Court may give the custody of the child to a curator if, for special reasons, the well-being of the child or the children requires this.

6. The Guardianship Court may vary its order at any time should it deem this advisable in the interest of the child or the children.

Section 75.

Personal access to the children.

1. The party who has not the custody of the child born of the marriage retains the right to have personal access to it.

2. The Guardianship Court may regulate in detail the manner in which the access is to take place. It can, for any period or permanently, forbid this access if this is for special reasons in the interest of the wellbeing of the child.

F. Right to Separation after forfeiture of the right to a divorce.

Section 76.

When the right to divorce has been forfeited through condonation or through lapse of time, the rights and duties of such marital partners shall be the same as if the forfeited right to divorce had never existed.

Part Three.

Actions for mitigation of hardship.

Section 77.

1. Judicial decisions relating to family rights based on such provisions of the "Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet", dated 6th July 1938 (RGBl. I p. 807), which are contained neither in the Buergerliches Gesetzbuch nor in this law, and judicial decisions based solely or predominantly on racial, political or religious grounds may be contested by either of the parties injured by such a decision, as well as by the children of the marriage or by the Public Prosecutor (action for mitigation of hardship).

2. The action for mitigation of hardship must be brought within two years of the coming into force of this law in the court which made the decision so contested. Where this is impossible or impracticable,

oder untunlich ist, wird das zuständige Gericht von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts bestimmt, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat.

3. Im Wege der Härtemilderungsklage kann der Anfechtungsberechtigte den Ausgleich unbillig erlittenen Schadens wirtschaftlicher Art und die Abstellung oder Milderung solcher Härten begehren, die ihn in seiner persönlichen Stellung beeinträchtigen.

4. Der Antrag auf Wiederherstellung einer für nichtig erklärten, aufgehobenen oder geschiedenen Ehe kann nicht gestellt werden.

5. Das Gericht entscheidet nach seinem durch Billigkeit bestimmten freien Ermessen und unter Berücksichtigung aller Umstände, die zur Benachteiligung des Anfechtungsberechtigten geführt haben; insbesondere kann es angemessene Entgeltung eines unbillig erlittenen Schadens für die Zeit seit Erlaß des angefochtenen Urteils gewähren und dem Antragsteller diejenigen Rechte zubilligen, die nach diesem Gesetz einem unschuldig geschiedenen Ehegatten zustehen.

6. Im übrigen finden auf die Härtemilderungsklage die Vorschriften der Zivilprozeßordnung sinngemäß Anwendung.

the President of the Oberlandesgericht in whose districts the contesting party is domiciled shall decide which court is competent to deal with the action.

3. The contesting party may in such an action claim compensation for material damage iniquitously suffered by him demand the removal or mitigation of such hardship as adversely affect his personal position.

4. No claim for restoration of a marriage which has been declared void or has been annulled or dissolved through divorce can be made.

5. The discretionary decision of the court should be guided by the principles of equity and should take into consideration all circumstances which have led to the disadvantage suffered by the contesting party. In particular it may award appropriate compensation for damage iniquitously suffered during the period subsequent to the pronouncement of the decision contested and give the contesting party such rights as may be claimed under this law by the innocent party in a divorce suit.

6. In other respects the provisions of the "Zivilprozeßordnung" shall apply to an action for the mitigation of hardship.

Vierter Abschnitt

Zusätzliche Bestimmungen.

§ 78.

Die §§ 1303 bis 1352, 1564 bis 1587, 1608 Abs. 2 und die §§ 1635 bis 1637, 1699 bis 1704, 1771 Abs. 2 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Artikel II, §§ 1 und 2 des Gesetzes gegen Mißbräuche bei der Eheschließung und der Annahme an Kindes Statt vom 23. November 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 979) und Artikel I des Gesetzes über die Änderung und Ergänzung familienrechtlicher Vorschriften, und über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 12. April 1938 (Reichsgesetzblatt I S. 380) bleiben aufgehoben.

§ 79.

Das Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet vom 8. Juli 1938 (Reichsgesetzblatt I S. 807) wird hiermit aufgehoben. Gleichmaßen aufgehoben sind alle Bestimmungen der zu seiner Durchführung ergangenen Gesetze, Verordnungen und Erlasse, sowie diejenigen aller sonstigen Gesetze, welche mit dem gegenwärtigen Gesetz unvereinbar sind.

§ 80.

Dieses Gesetz tritt am 1. März 1946 in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, den 20. Februar 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. Koenig, Armeekorps-General, G. Schukov, Marschall der Sowjetunion, Joseph T. McNarney, General, und H. M. Burrough, Admiral, unterzeichnet.)

Part Four.

Additional Provisions.

Section 78.

The repeal of Sections 1303—1352, 1564—1587, 1608 Subsection 2, and Sections 1635—1637, 1699—1704, 1771, Subsection 2, Sentence 2, of the Bürgerliches Gesetzbuch, Article II, Sections 1 and 2, of the "Gesetz gegen Mißbräuche bei der Eheschließung und der Annahme an Kindes Statt" dated 23rd November, 1933 (RGBl. I p. 979) and Article I of the "Gesetz ueber die Aenderung und Ergaenzung familienrechtlicher Vorschriften und ueber die Rechtsstellung der Staatenlosen" dated 12. April, 1938 (RGBl. I p. 380) ist not affected by this law.

Section 79.

The "Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Oesterreich und im uebrigen Reichsgebiet" dated 6th July, 1938 (RGBl. I p. 807), is hereby repealed. All provisions of any carrying out laws, ordinances or decrees and of any other legislation which are inconsistent with the present law are also hereby repealed.

Section 80.

This law will become effective as from 1 March 1946.

Done at Berlin, the 20th day of February, 1946.

s/P. Koenig	s/G. Zhukof
t/P. Koenig	t/G. Zhukof
General de Corps d'Armee.	Marshall of Soviet Union.
s/Joseph T. McNarney	s/H. M. Burrough
t/Joseph T. McNarney	t/H. M. Burrough
General, U.S. Army	Admiral.

Berichtigung.

Die Verordnung über die Errichtung einer Staatslotterie in Bayern — Bayer. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 6/46 — trägt die Nummer 34.